

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Keine Weiterführung des Baus des Space Park vor erfolgter Notifizierung des Space Center durch die EU-Kommission

Die Debatte um den Space Park als Urban Entertainment Center mit „Shopping Mall“ und dem Infotainmentangebot „Space Center“ ist kontrovers geführt worden. Risiken und Chancen wurden sehr unterschiedlich bewertet, die Gefahren für den örtlichen Einzelhandel wiederholt in die Diskussion eingebracht.

Die Realisierung des Space Park wurde aus stadtentwicklungspolitischen und aus haushaltspolitischen Gründen kritisiert, da die Realisierung des Space Park zu neuen Kreditaufnahmen und zu einer weiteren Verschuldung des öffentlichen Haushalts führt.

Der Space Park zählt jedoch zu den Vorrangprojekten der Großen Koalition.

Der Spatenstich ist am 30. Juni 2000 erfolgt.

Bisher sind öffentliche Beihilfen für das Space Center, die in die Finanzierung des Space Park eingeplant sind, von der EU-Kommission in Brüssel noch nicht bewilligt worden.

Die ungünstigste Entwicklung wäre, wenn es nur zu einer Realisierung der Shopping Mall käme ohne das Space Center, das der Publikumsmagnet sein soll. Denn dann wäre die denkbar größte Konkurrenzsituation für den örtlichen Einzelhandel geschaffen, was auch der Senat in einer Antwort auf eine Frage von Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Mai festgestellt hat.

Daher muss sichergestellt werden, dass die Shopping Mall im Space Park nicht ohne das Space Center realisiert wird.

Der Bau des Space Park darf nicht weitergeführt werden, solange es keine Notifizierung aus Brüssel gibt.

Nach Aussagen des Wirtschaftssenators vom 22. Juni 2000 in den Wirtschaftsförderungsausschüssen kann sich das Notifizierungsverfahren noch lange hinziehen.

Die Möglichkeit, dass die Kommission die Beihilfen nicht genehmigt, ist gegeben.

Die Beihilfen von 77,5 Mio. DM sind in die Finanzierung jedoch fest eingeplant. Falls die Kommission abschlägig entscheidet, muss Bremen die Gelder vom Projektentwickler Köllmann zurückverlangen. Dass würde Entstehen oder Betrieb des Space Center vereiteln.

Es ist hochgradig unseriös, den Bau zu beginnen, solange die Finanzierung nicht abschließend geklärt ist.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft stellt fest, dass es keine Weiterführung des Baus des Space Park geben soll, solange nicht die positive Genehmigung der EU-Kommission für die Beihilfen für das Space Center vorliegt.

Dr. Helga Trüpel, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen